



Pressemitteilung

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stefan Grob
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Telefon: 030 – 29 77 27 20
Telefax: 030 – 29 77 27 99
E-Mail: Stefan.Grob@studentenwerke.de
Internet: www.studentenwerke.de

Hochschulpakt: Deutsches Studentenwerk fordert Länder-Investitionen für 20.000 neue Wohnheimplätze

(Wuppertal/Berlin, 9. Mai 2007) Das Deutsche Studentenwerk (DSW) fordert die Bundesländer auf, im Rahmen des Hochschulpakts auch in die soziale Infrastruktur des Studiums zu investieren und insbesondere Mittel für zusätzliche Wohnheimplätze zur Verfügung zu stellen. Zum Auftakt des diesjährigen Treffens der Wohnheim-Verantwortlichen aller 58 Studentenwerke sagte DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde heute in Wuppertal: „Die bisherige Kalkulation des Hochschulpakts ausschließlich in Studienplätzen greift zu kurz. Was nützen 90.000 zusätzliche Studienplätze, wenn den Studierenden das Dach über dem Kopf fehlt?“ Das Deutsche Studentenwerk sieht angesichts der prognostizierten stark steigenden Studierenden-Zahlen für die kommenden Jahre einen Bedarf insbesondere in den alten Bundesländern von 20.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen. Meyer auf der Heyde erläuterte: „Im Schnitt kostet der Bau eines Wohnheimplatzes 35.000 Euro; 20.000 Euro benötigen die Studentenwerke als staatlichen Zuschuss der Länder. Hochgerechnet auf die 20.000 zusätzlichen Wohnheimplätze ergibt das eine Gesamtsumme von 700 Millionen Euro und einen Zuschuss-Anteil der Länder von 400 Millionen Euro.“

Bund und Länder wollen mit ihrem gemeinsamen Hochschulpakt bis 2010 zusammen rund eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Für die aus Sicht der Studentenwerke dringend benötigte Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur des Studiums – Wohnheime, aber auch Mensen und Beratung – wurden bisher keine offiziellen Zahlen genannt.

DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde schlägt vor, dass die Länder für die 400 Millionen Euro Zuschüsse für die 20.000 zusätzlichen Wohnheimplätze auf Mittel aus dem Sozialen Wohnungsbau zurückgreifen. Er erinnerte in Wuppertal daran, dass der Bund für die Wohnraumförderung den Ländern jährlich 518 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Meyer auf der Heyde wörtlich: „Bis zum Auslaufen des Programms im Jahr 2014 sind das immerhin 3,6 Milliarden Euro. Die Länder verfügen also über eine gute Finanzierungsquelle, um den dringenden Bedarf an zusätzlichem Wohnraum für ihre Studierenden sicherzustellen.“

Derzeit verfügen die 58 Studentenwerke bundesweit in ihren mehr als 1.000 Wohnanlagen über rund 180.000 Wohnheimplätze für Studierende. Lediglich rund 7.000 zusätzliche Plätze sind derzeit in Planung, vor allem in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg.

Noch bis morgen Donnerstag treffen sich mehr als 120 Wohnheim-Verantwortliche aus den Studentenwerken im Hochschul-Sozialwerk Wuppertal zu ihrer jährlichen Fachtagung.